



Antragsbuch

63. Landeskongress der Jungliberalen Sachsen

18. November 2017 in Döbeln

Organisatorische Hinweise zum Landeskongress

1. Bitte druckt euch das Antragsbuch aus und bringt es mit zum Kongress! Wir werden aus Kostengründen vor Ort nicht für alle Teilnehmer ausreichend Antragsbücher vorrätig haben.
2. Dringlichkeitsanträge können bis zum Beginn des Kongresses gestellt werden und sollten vor Ort direkt beim frisch gewählten Präsidium eingereicht werden. Der Kongress muss jedoch vorab über die Dringlichkeit befinden (merke: das versäumen der Antragsfrist begründet noch keine Dringlichkeit!) Nur Sachanträge können dringlich sein.

3. Antragsberatung

Anträge werden grundsätzlich in drei sogenannten Lesungen beraten – die Reihenfolge der zu beratenden Anträge legt Ihr im sog. Alex-Müller- Verfahren selbst fest:

1. Lesung – hier findet eine Generaldebatte über den Antrag statt.
2. Lesung – hier werden die eingereichten Änderungsanträge für jede Antragspassage der Reihenfolge nach (bezogen auf den Text des Ursprungsantrags) beraten und ggf. beschlossen.
3. Lesung – hier findet die Endabstimmung über den ggf. durch Änderungsanträge geänderten Gesamtantrag statt

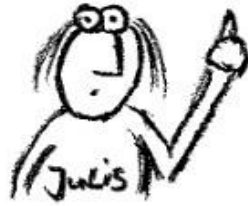
4. Änderungsanträge

Zu allen Anträgen könnt ihr Änderungen, Streichungen oder Ersetzungen schriftlich formulieren. Bitte benutzt pro Änderungsantrag ein DIN-A4-Blatt und reicht diesen beim Präsidium ein.

5. Teilnahme am Kongress (Richtiges Melden - ©JuLis Thüringen):

a. Wortmeldung

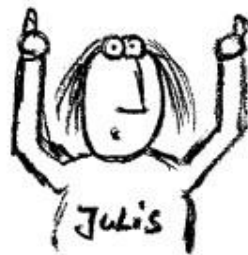
Du möchtest dich zu einem Antrag zu Wort melden? Bitte melde dich mit einem Arm und achte darauf, dass das Präsidium Dich auch bemerkt:



b. Geschäftsordnungsantrag

Ein sog. GO-Antrag beschäftigt sich mit dem Ablauf des Kongresses und ist nach Möglichkeit sofort aufzurufen. Denkbar sind Anträge auf:

Redezeitbegrenzung. Sofortige Abstimmung, Schluss der Rednerliste, Übergang in die 3. Lesung etc. – hierfür melde dich bitte mit beiden Armen! Wird ein GO-Antrag nicht (formal) widersprochen gilt er als angenommen!



c. Zwischenfrage

Willst du einem Redner eine Zwischenfrage (und zwar nur eine Frage) stellen, stehe bitte auf und führe deine Arme über deinem Kopf wie ein Dach zusammen. Das Präsidium wird den Redner bei Gelegenheit unterbrechen und fragen, ob er eine Zwischenfrage zulässt. Der Redner muss eine Zwischenfrage allerdings nicht zulassen!



Inhaltsverzeichnis

Geplante Tagesordnung	1
Antragsübersicht	2
Antrag 01 JuliA-FDP-PEGIDA-Reaktion auf den FDP-Präsidiumsbeschluss	5
Antrag 11 Gegen bürokratische Hürden bei Zuerkennung des Aufenthaltstitels zur Ausübung einer Beschäftigung	7
Antrag 21 Längere Grundschulzeiten-Für eine individuelle Bildung	8
Antrag 31 Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleitetes Fahren ab 16!	9
Antrag 41 Nur Homophobie ist heilbar – Gegen „homo-Heilung“!	11
Antrag 42 Sch(l)uss mit tödlichen Überraschungen – „Drug Checking“ ermöglichen!	12
Antrag 43 Bindungsfrist bei Wechsel der gesetzlichen Krankenkasse aufheben	14
Antrag 51 Einfach wählen gehen – Keine elektronischen Wahlen!	15
Antrag 52 Keine Steuergelder für Profivereine in wirtschaftlicher Schieflage!	17
Antrag 53 Skandinavisches Jedermannsrecht auch in Deutschland	19
Antrag 54 Verbesserung der Präventionsarbeit	21
Antrag 55 Aufhebung Verbot der Verwendung von Vorher-Nachher Fotos in Schönheitschirurgie	23
Antrag 56 Zusammenlegung von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu Mitteldeutschland	24
Antrag 57 Resozialisierung, statt Inhaftierung	26
Antrag 58 Wege zu einem modernen Waffenrecht	28
Antrag 59 Für ein modernes Vaterschaftsrecht – Keine Unterhaltspflicht für Samenspender!	30
Antrag 61 Zweitwohnsitzsteuer abschaffen	31
Antrag 71 Abschaffung Verbot für Motor warmlaufen lassen	33

Antrag 72 Fahrradmitnahmemöglichkeit in Fernverkehrszügen wirklichkeitsnäher gestalten	34
Antrag 73 Keine Bevormundung durch rote Fußgängerampel	35

Geplante Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
3. Wahl einer Tagungsleitung
4. Beschlussfassung über die Tagesordnung
5. Wahl eines Protokollführers
6. Wahl einer Zählkommission
7. Grußworte
8. Festlegung der Reihenfolge der Sachanträge
9. Bericht des Landesvorsitzenden
10. Aussprache
11. Wahl der Bundeskongress-Delegierten für 2018
12. Beratung von Satzungsänderungsanträgen
13. Beratung von Sachanträgen
14. Sonstiges (ggf. Ehrungen)
15. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Antragsübersicht

Nr.	AMV	Titel	Antragssteller	Seite
0 Leitantrag				
01		JuliA-FDP-PEGIDA-Reaktion auf den FDP-Präsidiumsbeschluss	Jungliberale Aktion Sachsen	5
1 Beschäftigung				
11		Gegen bürokratischen Hürden bei Zuerkennung des Aufenthaltstitels zur Ausübung einer Beschäftigung	Benjamin Lange	7
2 Bildung				
21		Längere Grundschulzeiten - Für eine individuelle Bildung	Fritz Gnörich	8
3 Jugend				
31		Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleitetes Fahren ab 16!	Jungliberale Aktion Dresden	9
4 Gesundheit				
41		Nur Homophobie ist heilbar! – Gegen „Homo-Heilungen“!	Jungliberale Aktion Dresden	11
42		Sch(l)uss mit tödlichen Überraschungen – „Drug Checking“ ermöglichen	Jungliberale Aktion Dresden	12
43		Bindungsfrist bei Wechsel der gesetzlichen Krankenkasse aufheben	Junge Liberale Leipzig	14

5 Inneres				
51		Einfach wählen gehen – Keine elektronischen Wahlen!	Jungliberale Aktion Dresden	15
52		Keine Steuergelder für Profivereine in wirtschaftlicher Schieflage!	Junge Liberale Chemnitz	17
53		Skandinavisches Jedermannsrecht auch in Deutschland	Jungliberale Aktion Dresden	19
54		Verbesserung der Präventionsarbeit	Rudi Ascherl Benjamin Lange	21
55		Aufhebung Verbot der Verwendung von Vorher-Nachher-Fotos in Schönheitschirurgie	Junge Liberale Leipzig	23
56		Zusammenlegung von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu Mitteldeutschland	Junge Liberale Leipzig	24
57		Resozialisierung, statt Inhaftierung	Robert Wehnert	26
58		Wege zu einem modernen Waffenrecht	Junge Liberale Leipzig	28

59		Für ein modernes Vaterschaftsrecht – Keine Unterhaltspflicht für Samenspender!	Junge Liberale Leipzig	30
6 Steuern und Finanzen				
61		Zweitwohnsitzsteuer abschaffen	Junge Liberale Leipzig	31
7 Verkehr				
71		Abschaffung Verbot für Motor warmlaufen lassen	Benjamin Lange Hai Bui Rudi Ascherl	33
72		Fahrradmitnahmemöglichkeit in Fernverkehrszügen wirklich- keitsnäher gestalten	Junge Liberale Leipzig	34
73		Keine Bevormundung durch rote Fußgängerampeln!	Junge Liberale Chemnitz	35
Dringlichkeitsanträge				
D1				
D2				
D3				

1 **Antrag 01** JuliA-FDP-PEGIDA-Reaktion auf den FDP-Präsidiumsbeschluss

2

3 Antragssteller: Jungliberale Aktion Sachsen

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4 -----

5 Der Landeskongress möge beschließen:

6 **Beschluss des Bundespräsidiums.**

7 Obwohl der Beschluss des Präsidiums bundesweit Gültigkeit haben soll, bezieht er sich spezi-
8 fisch auf PEGIDA und damit ein Dresdner Phänomen. Dies stellt einen direkten Eingriff in
9 Angelegenheiten dar, die den Landes- oder in diesem Falle die Kreisverbände betreffen. Die-
10 ses Vorgehen kritisieren wir als JuLis Leipzig, da es den subsidiären Prinzipien der liberalen
11 Parteistruktur widerspricht. Die FDP Sachsen ist bei diesem Problem nicht nur zuständig und
12 sondern auch imstande, es zu lösen. Jedoch verstehen wir, dass der Bundesvorstand sich
13 keiner negativen Presse auf Grund von Einzelnen aussetzen möchte und mit diesem Be-
14 schluss eine klare Abgrenzung gegenüber PEGIDA schaffen möchte.

15 Dass die Partei zu solchen Schritten greift, hat schließlich Gründe. Auf diese muss ebenso
16 eingegangen werden.

17 **Rechtsoffene in der FDP Sachsen.**

18 Die sächsische FDP scheint im Umfeld einer sich erneuernden FDP zurück zu liegen. Die per-
19 sonellen und inhaltlichen Verjüngungsprozesse, die in verschiedensten Bundesländern Ein-
20 zug halten und dort wieder für neuen Aufwind sorgen, sind in Sachsen nicht in Angriff ge-
21 nommen worden. Damit liegt es an uns als Jungen Liberalen, endlich frische liberale Ideen in
22 der FDP voranzutreiben. Dem gegenüber steht eine sächsische FDP, deren Führungsebene
23 schon immer etwas konservativer als der Bundesschnitt auftrat. Doch im Zuge von PEGIDA
24 und der nun aufflammenden Flüchtlingskrise wird aus einem kleinen Versäumnis eine hand-
25 feste Bedrohung. Die volkstümlichen Tendenzen, die in manchen Ecken Sachsens auch vor
26 der FDP nicht Halt machen, können nicht das sein, was wir als Partei unterstützen wollen. So
27 wollen wir uns als JuliA Sachsen gegen eine rechtsoffene Tendenz innerhalb der FDP Sachsen
28 aussprechen. Unser Platz ist die politische, progressive Mitte.

29 **Abgrenzung zur Konkurrenz.**

30 Denn, und das müssen wir endlich realisieren, jeder andere politische Raum ist bereits be-

31 setzt. Insbesondere in Sachsen, dem Bundesland in dem PEGIDA-Kandidaten knappe zwei-
32 stellige Ergebnisse erhalten, ist dies offensichtlich. Eine liberale Linie muss sich von der der
33 politischen Mitbewerber klar erkennbar unterscheiden. Deshalb sollten die öffentlichen Ver-
34 treter der FDP in Sachsen auch in ihren Meinungsbekundungen die Einzigartigkeit der libera-
35 len Position wahren. Jede Nähe zu den offen fremdenfeindlich auftretenden politischen
36 Gruppierungen kann unserem Anliegen nur schaden. Insbesondere in Zeiten, in denen der
37 sächsische Liberalismus noch immer um sein Überleben kämpft, müssen wir, zumindest nach
38 außen hin, alle am gleichen Strang ziehen, auch wenn dies für manche Überwindung kostet.

Begründung:

Auf dem 59. Landeskongress wurde dieser Antrag beschlossen mit der Maßgabe, dass er auf dem 62. Landeskongress seine Gültigkeit verliert und bei dem darauffolgenden Landeskongress erneut behandelt werden muss. Deswegen muss dieser Antrag als Leitantrag behandelt werden.

Antrag 11 Gegen bürokratische Hürden bei Zuerkennung des Aufenthaltstitels zur Ausübung einer Beschäftigung

Antragssteller: Benjamin Lange

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt die derzeitige restriktive Praxis bei der Vergabe des
- 2 Aufenthaltstitels zur Ausübung einer Beschäftigung ab. In der Gruppe der Beschäftigungen,
- 3 die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzen, darf die Höhe des monatlichen Gehalts
- 4 keine Rolle spielen. Die Heranziehung des ortsüblichen Gehaltes für bestimmte Berufsgrup-
- 5 pen bei einem bestimmten Arbeitsumfang lehnen wir ab.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 21 Längere Grundschulzeiten-Für eine individuelle Bildung

Antragssteller: Fritz Gnörich

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen, spricht sich für die Möglichkeit der Verlängerung der
- 2 Grundschule bis zur sechsten Klasse aus.
- 3 Deutschland ist eines der wenigen Länder, in dem die Grundschule teilweise nach der vier-
- 4 ten Klasse bereits endet. Dieser Umstand wird auf internationaler Ebene häufig kritisiert.
- 5 Einerseits ist es eine Ungerechtigkeit den Grundschulern gegenüber, dass über ihren weite-
- 6 ren Bildungs- und Berufsweg entschieden wird, bevor auf individuelle Entwicklungen, in aus-
- 7 reichenden Maße eingegangen wurde. Andererseits ist zu betrachten, dass mit Einführung
- 8 der sechsjährigen Grundschule, eine bessere Chancengerechtigkeit gewährleistet wird. Hier-
- 9 bei ist darauf einzugehen, dass längere gemeinsame Lernzeiten besser geeignet sind, um
- 10 auf die Lebenslage der Schüler einzugehen, die aus bildungsferneren Schichten stammen.
- 11 Es wäre vorstellbar, in diesem Aspekt eine Form von Sonderunterricht zu implementieren,
- 12 durch welchen es mögliche wäre, leistungsschwächeren Schülern eine besondere Förderung
- 13 zu ermöglichen, ohne dabei die leistungsstärkeren Schüler zu beeinträchtigen. In diesem
- 14 würde man in kleineren Gruppen auf die jeweiligen Leistungsproblematiken der Schüler ein-
- 15 gehen, wobei der Unterricht auf freiwilliger Basis ausgeübt werden soll, und sich ebenso an
- 16 den Personalkapazitäten der Schulen orientieren muss.
- 17 Da dennoch die Entwicklungen der Schüler sehr unterschiedlich sein können, soll die Mög-
- 18 lichkeit bereits nach der vierten Klasse auf eine weiterführende Schule zu wechseln, weiter-
- 19 hin bestehen bleiben. Danach würden dann sowohl fünfte und sechste Klassen parallel auf
- 20 Grundschulen und weiterführenden Schulen existieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag 31 Gebt der Jugend die Straße zurück – Schein für Schein! Für begleite-

tes Fahren ab 16!

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Antragssteller: Jungliberale Aktion Dresden

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine Absenkung des Mindestalters zum Er-
2werb der Fahrerlaubnis und Neuregelungen bezüglich des begleiteten Fahrens aus.
- 3 Konkret fordern wir folgende, auf die Führerscheinklasse B bezogene, Änderungen:
- 4 i. Das Mindestalter für den Start der Ausbildung zum Erwerb der Fahrerlaubnis soll
5 auf 15 Jahre abgesenkt werden.
- 6 ii. Die Führerscheinprüfung darf frühestens 3 Monate vor Vollendung des 16. Le-
7 bensjahres abgelegt werden.
- 8 iii. Begleitetes Führen eines Kraftfahrzeugs soll ab dem vollendeten 16. Lebensjahr
9 möglich sein, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- 10 a) Der minderjährige Fahrzeugführer hat die Führerscheinprüfung be-
11 standen und ist im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis.
- 12 b) Begleitpersonen müssen mindestens das 26. Lebensjahr vollendet ha-
13 ben und mindestens 10 Jahre ununterbrochen im Besitz einer entspre-
14 chenden Fahrerlaubnis sein *oder* mindestens das 30. Lebensjahr voll-
15 endet haben und mindestens 5 Jahre ununterbrochen im Besitz einer
16 gültigen Fahrerlaubnis sein.
- 17 Weitere Regelungen zu Begleitpersonen bleiben bestehen und gelten wie bisher.
- 18 Auf dem Führerschein ist die Berechtigung zum begleiteten Fahren ab 16 Jahren durch die
19 ausstellende Behörde kenntlich zu machen. Bestehende Regelungen zur Probezeit sowie zur
20 „Null-Promille-Grenze“ bis zum vollendeten 21. Lebensjahr bleiben bestehen und gelten wie
21 bisher.

22 Als Jungliberale fordern wir den Freistaat Sachsen auf, dieses Konzept im Rahmen eines Pi-
23 lotprojekts und Modellversuchs zu erproben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 41 Nur Homophobie ist heilbar – Gegen „homo-Heilung“!

Antragsteller: Jungliberale Aktion Dresden

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Zum Schutz der freien Entwicklung der Sexualität von Kindern und Jugendlichen fordert die
- 2 Jungliberale Aktion Sachsen ein Verbot der Konversionstherapie (bekannt als sog. „Homo-
- 3 Heilung“) an Minderjährigen.
- 4 Weiterhin fordern wir das Ende der Anerkennung dieser Art von Therapieangeboten durch
- 5 gesetzliche Krankenkassen

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 42 Sch(l)uss mit tödlichen Überraschungen – „Drug Checking“ ermöglichen!

Antragssteller: Jungliberale Aktion Dresden

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **1. Präambel**

2 Beim Konsum illegaler Drogen kommt es auch heutzutage noch häufig zu Unfällen, oftmals
3 mit tödlichem Ausgang. Viele dieser Unfälle sind auf Überdosierungen und Verunreinigungen
4 der konsumierten Substanzen zurückzuführen. Diese Vorkommnisse sind auch auf die Un-
5 kenntnis der Konsumenten, bezüglich der Zusammensetzung, der Reinheit etc. der consu-
6 mierten Drogen zurückzuführen. Für Konsumenten, speziell für die suchtkranken unter
7 ihnen, ist es nahezu unmöglich, an verlässliche Informationen über die, auf einem illegalen
8 und illegalisierten Markt, angebotenen und erworbenen Substanzen zu gelangen.

9 Die Jungliberale Aktion Sachsen sieht in der Politik der absoluten Prohibition kein geeignetes
10 Mittel, diesem tödlichen Problem Herr zu werden – Die Julia Sachsen unterstützt daher „Sa-
11 fer Use“-Strategien ausdrücklich.

12 **2. „Drug Checking“ legalisieren – Ein Betrag zum Schutz von Menschenleben**

13 Im sogenannten „Drug Checking“ erkennen die Sächsischen Jungliberalen einen Ansatz mit
14 Potential, die Anzahl tödlicher Unfälle zu minimieren. Wir fordern daher, die Legalisierung
15 sog. „Drug Checking Labs“, in welchen Konsumenten anonym die Identität, Reinheit und
16 Konzentration von Drogen testen lassen können.

17 **3. „Drug Checking“ sinnvoll umsetzen – Eine Konzeptskizze**

18 Um das Leben schützende Potential des „Drug Checking“ ausschöpfen zu können, ist ein
19 durchdachtes Konzept zu entwickeln. Für die Jungliberalen ist die Beachtung folgender Punk-
20 te bei der Entwicklung eines sinnvollen Programms unerlässlich:

- 21 i. Konsumenten muss es möglich sein, ihre Substanzen anonym in einem „Drug Che-
22 cking Lab“ testen lassen zu können. Die Mitarbeiter der Labore müssen einer
23 Schweigepflicht unterliegen.

- 24 ii. Ein „Drug Checking Lab“ muss, damit es den Betrieb aufnehmen kann, lizenziert
25 werden. Eine nötige Lizenz kann durch das Gesundheitsamt erteilt werden. Vo-
26 raussetzung für die Erteilung dieser Lizenz ist die Erfüllung folgender Kriterien:
- 27 a) Die Anonymität ist sicherzustellen.
- 28 b) Es muss nachgewiesen werden, dass kein Handel oder Weiterverkauf
29 mit den Proben betrieben wird.
- 30 c) Der Betreiber muss zusätzlich zu den Laboruntersuchungen auch Auf-
31 klärungs- und Suchtberatung durch geeignet qualifiziertes Personal
32 anbieten.
- 33 iii. Die Betreiber der Labore dürfen für den Besitz der Proben nicht strafrechtlich ver-
34 folgt werden.
- 35 iv. In den Räumlichkeiten und im unmittelbaren Umfeld der „Drug Checking Labs“ sol-
36 len Konsumenten nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Ähnlich wie bei Kon-
37 sumräumen soll die Polizei dort auf eine Strafverfolgung von Konsumenten ver-
38 zichten.
- 39 Die Labore dürfen aus den Untersuchungen gewonnene Daten nicht zum Zwecke
40 der Strafverfolgung weitergeben. Die Speicherung von Daten zur untersuchten
41 Substanz soll nur zu wissenschaftlichen und statistischen Zwecken erlaubt sein.
- 42 v. Für die Finanzierung des Betriebs von „Drug Checking Labs“ sollen keine Steuer-
43 gelder verwendet werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 43 Bindungsfrist bei Wechsel der gesetzlichen Krankenkasse aufheben

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Aufhebung der 18-monatigen Bindungsfrist nach
- 2 der Wahl einer Krankenkasse aufzuheben. Krankenkassen sollen bei diesem Punkt im Rah-
- 3 men der zivilrechtlichen Vorschriften frei agieren können, um hier zusätzlichen Wettbewerb
- 4 zwischen den einzelnen gesetzlichen Krankenkassenanbietern zu ermöglichen. Die Möglich-
- 5 keit einer außerordentlichen Kündigung bei der Erhöhung der Zusatzbeiträge bleibt davon
- 6 unberührt.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antrag 51 Einfach wählen gehen – Keine elektronischen Wahlen!

Antragssteller: Jungliberale Aktion Dresden

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Die Legitimation jeglichen staatlichen Handelns ergibt sich in einer Demokratie aus den Er-
2 gebnissen öffentlicher Wahlen und Abstimmungen. Ein weitreichendes Vertrauen in die In-
3 tegrität und Zuverlässigkeit des Ablaufs dieser Wahlen ist daher eine absolute Grundvoraus-
4 setzung, um diese Legitimation aus Sicht der Öffentlichkeit sicherzustellen. Das deutsche
5 Wahlverfahren hat sich über Jahrzehnte bewährt. Änderungen, die reinem Aktionismus und
6 einem falschen Fortschrittsverständnis entsprechen, betrachtet die Jungliberale Aktion Sach-
7 sen deshalb kritisch.

8

9 **Wahlcomputer schaffen Probleme, die wir ohne sie nie gehabt hätten**

10 Insbesondere lehnen wir den Einsatz elektronischer oder rechnergesteuerter Wahlgeräte
11 ("Wahlcomputer") konsequent ab. Deren vermeintliche Vorteile, wie etwa ein schnelleres
12 Auszählen, stehen in keinem Verhältnis zu den mit ihrem Einsatz einhergehenden Proble-
13 men. Das konventionelle Verfahren mittels Stift und Stimmzettel ist transparent und für je-
14 den nachvollziehbar. Elektronische Verfahren können in diesen Punkten schon aus techni-
15 schen Gründen nicht mithalten. Als Sonderfall können wir uns lediglich den Einsatz von Zähl-
16 computern zur Unterstützung der Stimmzettelauszählung vorstellen, wie etwa durch eine
17 automatische Auswertung eingescannter Stimmzettel. Dabei muss jedoch sicher gestellt
18 sein, dass eine manuelle Auszählung zur Kontrolle weiterhin genauso möglich ist wie bisher.
19 Noch problematischer sind derzeit weitergehende Vorschläge, wie beispielsweise Wahlen
20 über das Internet oder per SMS abzuhalten. Die Notwendigkeit, dabei den Abstimmenden
21 als Wahlberechtigten zweifelsfrei zu authentisieren, steht im grundsätzlichen Widerspruch
22 zum Grundsatz der geheimen Wahl. Weiterhin wäre die Absicherung gegen mögliche Mani-
23 pulationen bei derartigen Verfahren weitaus schwieriger als bei Verfahren der persönlichen
24 Stimmabgabe.

25 **Zuhause steht keine Wahlkabine**

26 Das steigende Bedürfnis, bei der Stimmabgabe nicht mehr an den Wahltag und das lokale
27 Wahllokal gebunden zu sein, darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben. Weiterhin sind un-
28 zumutbare Hürden für die Beteiligung an Wahlen zu vermeiden. Als zusätzliche Variante ne-
29 ben der Briefwahl fordern wir daher eine Ausweitung der Möglichkeiten der vorzeitigen per-
30 sönlichen Stimmabgabe.

31 Jeder Wähler soll die Möglichkeit haben, innerhalb eines ausreichenden Zeitraums vor dem
32 Wahltag, seine Stimme ohne vorherige Anmeldung an entsprechenden Stimmabgabestellen
33 abzugeben. Dafür sind entsprechende Abgabestellen in ausreichender Zahl und Dichte im
34 gesamten Wahlgebiet einzurichten. Die Flexibilität, an jeder solchen Abgabestelle des jewei-
35 ligen Wahlkreises seine Stimme abgeben zu können und dabei gleichwohl eine mehrfache
36 Stimmabgabe zu verhindern, kann durch ein zentrales, stets aktuell gehaltenes, elektroni-
37 sches Wahlregister ermöglicht werden. Dies würde es erlauben, jederzeit zu überprüfen, ob
38 ein Wähler seine Stimme nicht bereits schon an anderer Stelle abgegeben hat.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antrag 52 Keine Steuergelder für Profivereine in wirtschaftlicher Schieflage!

Antragssteller: Junge Liberale Chemnitz

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert, dass Profivereine (insbesondere Fußballvereine), die
- 2 eigenverantwortlich in wirtschaftliche und finanzielle Schieflage geraten sind, nicht mehr
- 3 durch öffentliche Mittel gerettet werden sollen. Wir stehen klar für die marktwirtschaftli-
- 4 chen Regeln und sehen in der Rettung dieser Vereine eine Wettbewerbsverzerrung und eine
- 5 Ungleichbehandlung gegenüber anderen Vereinen und Sportarten.

Begründung:

Seit der Finanzkrise 2007/08 und den darauffolgenden Bankenrettungen in Milliardenhöhe unter der Begründung "too Big to Fail" entfachte eine allgemeine Debatte, ob systemrelevante private Unternehmen, die in wirtschaftliche Schieflage geraten sind, durch Steuergelder gerettet werden sollten. Das Eingreifen des Staates bei finanziellen Nöten setzt die marktwirtschaftliche Regel außer Kraft, dass falsche wirtschaftliche Entscheidungen zu einer Haftung und Konsequenzen führen. Die Ignoranz dieses Marktprinzips durch die öffentliche Hand kann für private Unternehmen nahezu einen Freifahrtschein darstellen, in ihrem wirtschaftlichen Handeln unkalkulierbare Risiken einzugehen, da sie davon ausgehen werden und können, dass die Stadt oder Kommune im Zweifelsfall eingreifen wird. Da dieses Prinzip aber einen der Grundpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft darstellt, darf es nicht ignoriert werden! Deshalb sollte selbiges Prinzip auch für professionelle Vereinen gelten und die Rettung von in Schieflage geratenen Vereinen unterbunden werden.

Nicht weil wir den sozialen und gesellschaftlichen Zweck von Vereinen und insbesondere Sportvereinen verkennen oder nicht schätzen, sondern weil auch bei Vereinen mit professionellen Strukturen Regeln der Marktwirtschaft eingehalten werden sollten, begründen wir unsere Forderung. Insbesondere Fußballvereine werden, durch eine emotionale Verbundenheit oder mitunter persönlichen Einzelinteressen, gerne durch Kommunen direkt oder indirekt finanziell unterstützt. So erhält beispielsweise die SG Dynamo Dresden von der Stadt Dresden

jährlich mehrere hunderttausend Euro um Verbindlichkeiten, die durch den Stadionausbau entstanden sind, bedienen zu können. Da die Stadt dadurch neben dem gesellschaftlichen nun ebenfalls ein wirtschaftliches Interesse daran hat, dass der Verein weiter besteht, begibt sie sich in eine einseitige Abhängigkeit, die nicht Sinn und Zweck der Beziehung einer Kommune zu einem ansässigen professionellen Sportverein sein sollte.

Antrag 53 Skandinavisches Jedermannsrecht auch in Deutschland

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Antragssteller: Jungliberale Aktion Dresden

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert, ein freies und verantwortungsvolles Erleben der
- 2 Wildnis durch den Menschen zu ermöglichen. Dazu soll in Deutschland ein Modell etabliert
- 3 werden, das sich an den sog. Jedermannsrechten skandinavischer Länder orientiert. Wichti-
- 4 ge Bestandteile des Modells sind die Folgenden:
- 5 Es ist gestattet, sich zu Fuß oder mit nicht-motorisierten, wenig eingriffigen Fahrzeugen un-
- 6 eingeschränkt in der Wildnis zu bewegen. Umzäunte Privatgrundstücke dürfen im Allgemei-
- 7 nen auch weiterhin nicht betreten werden. Kultivierte Felder sind auf den entsprechenden
- 8 Wegen oder ähnlichen Bereichen zu durchqueren.
- 9 Das Zelten und Übernachten unter freiem Himmel ist in der Natur grundsätzlich gestattet,
- 10 am gleichen Ort allerdings maximal 3 Tage in Folge. Dabei ist ein Abstand zu Häusern und
- 11 ähnlichen Einrichtungen von mindestens 200 m zu wahren. Handelt es sich erkennbar um
- 12 ein Privatgrundstück, ist die Einwilligung des Besitzers einzuholen. Das Entfachen von Lager-
- 13 feuern ist im Zeitraum vom 15. September bis zum 15. April grundsätzlich erlaubt. Der ver-
- 14 antwortungsvolle und sichere Umgang mit der Situation sowie die Treffung gebotener Vor-
- 15 kehrungen sind hierbei Voraussetzung.
- 16 In der freien Natur ist außerhalb der Sichtweite von Menschen und Unterkünften das Ver-
- 17 richten der Notdurft legal. Kot ist zu vergraben. Auch hier gilt ein Mindestabstand zu Häu-
- 18 sern u.ä. von 200 m.
- 19 Selbstverständlich Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Jedermannsrechts ist, die
- 20 Wahrung der Unversehrtheit der Natur. Dazu gehört das Mitnehmen von Abfällen, die wäh-
- 21 rend eines Aufenthalts in der Natur entstehen. In Nationalparks kann es Einschränkungen
- 22 des Rechtes geben. Zelten kann dort beispielsweise untersagt werden, Übernachtungen un-
- 23 ter freiem Himmel können gleichwohl stattfinden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 54 Verbesserung der Präventionsarbeit

Antragssteller: Rudi Ascherl, Benjamin Lange

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Der Staat ist, wie man beispielsweise an den geringen Aufklärungsquoten bei Wohnungsein-
- 2 brüchen eindeutig ablesen kann, nicht immer in der Lage, Verbrechern entschieden entge-
- 3 gentzutreten. Dies ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend mit zusätzlichen Aufwendun-
- 4 gen für die derzeitige Polizeiarbeit zu verbessern. Deshalb sehen wir die Polizei in der beson-
- 5 deren Pflicht mittels Prävention Verbrechen vorzubeugen. Nach den Einsparungen der letz-
- 6 ten Jahrzehnte in diesem Bereich, muss eine Kehrtwende stattfinden; Die Verbesserung der
- 7 Kriminalprävention ist ein politisches Ziel der Jungliberalen Aktion Sachsen.

- 8 Zwar umfassen Förderprogramme der KfW auch Maßnahmen zur Einbruchsicherung, sind
- 9 jedoch in andere Projekte wie "Energieeffizient Sanieren" oder "Altersgerecht Umbauen"
- 10 eingebettet. Dies ist vor allem aus der Sicht junger Menschen nicht ausreichend. Es bedarf
- 11 eines eigenen Förderprogrammes zur Einbruchssicherung an Bestandsimmobilien, da sich
- 12 seit deren Bau die Situation, auch durch politische Entscheidungen, stark verändert hat. Wer
- 13 neu baut, soll jedoch selbst für Einbruchschutz aufkommen. Mieter sind besonders betrof-
- 14 fen, da sie bei der Sicherung ihrer Wohnung nicht selbst tätig werden können und für Ver-
- 15 mieter häufig Anreize zur Sanierung fehlen. Hieraus ergeben sich zwei wesentliche Forde-
- 16 rungen: Langfristig dürfen junge Menschen durch schädliches politisches Handeln nicht im-
- 17 mer neue Wege beim Aufbau von Eigentum in den Weg gelegt werden. Die hohe Grunder-
- 18 werbssteuer, Regelungen zum energieeffizienten Bauen und ein unkreatives Baurecht
- 19 schränken beim Bau und Erwerb von Wohneigentum ein. Kurzfristig sollten niedrigschwellige
- 20 Maßnahme zur Prävention forciert werden: Öffentlichkeitsarbeit sollte dahingehend ausge-
- 21 baut werden, die Polizei muss hierfür auch auf Mieter und Eigentümer direkt zugehen.

- 22 Insgesamt ändert sich hierdurch jedoch nicht, dass die Polizei bessere Einstellungskorridore
- 23 und attraktive Beschäftigungsangebote, vor allem für junge Polizisten, erhalten muss. Der
- 24 Polizeidinosaurier "Poldi", der als einziger den Einschlag des Haushaltsmeteoriten in die Poli-
- 25 zeiprävention überlebt hatte, muss aus dem Schatten des Polizeiorchesters hervortreten

26 dürfen. So kann er endlich wieder seine Aufgaben in Kindergärten und Schulen wahrneh-
27 men. Selbstredend muss die Zahl der Polizei- und Militärorchester in Deutschland reduziert
28 werden und die frei werdenden Mittel vor allem für echte Präventionsmaßnahmen verwen-
29 det werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 55 Aufhebung Verbot der Verwendung von Vorher-Nachher Fotos in
Schönheitschirurgie

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Aufhebung des Verbotes von Vorher-Nachher-
- 2 Fotos in der Schönheitschirurgie (§ 11 Abs. 1 S. 3 Heilmittelwerbegesetz). Für die Darstellung
- 3 der Fotos ist eine schriftliche Einwilligungserklärung erforderlich.
- 4 Schönheitsoperationen in diesem Sinne sind operative plastisch-chirurgische Eingriffe, so-
- 5 weit sich die Werbeaussage auf die Veränderung des menschlichen Körpers ohne medizini-
- 6 sche Notwendigkeit bezieht.
- 7 Damit einhergehend soll auch der diesbezügliche Ordnungswidrigkeitstatbestand abge-
- 8 schafft werden.

Begründung:

Dieses Verbot besteht in Deutschland seit 2006. In Ländern wie der Niederlande besteht ein derartiges Verbot nicht. Zum Verbraucherschutz ist dieses Verbot nicht notwendig.

Antrag 56 Zusammenlegung von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu

Mitteldeutschland

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen verfolgt das langfristige Ziel, eine Zusammenlegung der
- 2 Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Freistaat Mitteldeutschland zu
- 3 befördern. Hierfür sollen Stück für Stück Synergien besser ausgenutzt und Systeme angegli-
- 4 chen werden. Konkrete Maßnahmen, die ab sofort umzusetzen wären, sind:
- 5 i) Die Zusammenlegung der Verfassungsschutzämter
- 6 ii) Die Zusammenlegung der Statistikämter
- 7 iii) Die Angleichung der Schulsysteme, bei Erhaltung der Leistungsfähigkeit dersel-
- 8 ben

Begründung:

Die Erhöhung der Effizienz staatlicher Institutionen ist seit eh und je eines der wichtigsten Ziele liberalen politischen Handelns. Denn ein Staat, der mehr Arbeit mit weniger Ressourcen erledigt, kostet den Bürger weniger Geld. In den "mitteldeutschen" Bundesländern leben zusammen ca. 8 Mio. Menschen auf einer Fläche von 55000 km². Bayern, als recht erfolgreiches Bundesland, ist sowohl in Fläche als auch in Einwohnerzahlen größer. Die Kleinteiligkeit der Verwaltung in den aktuellen Bundesländern, eigene Parlamente, eigene Behörden, etc. ist damit allein aus den Zahlen nicht zu rechtfertigen.

Doch ist sie historisch, oder kulturell, erklärbar? Alle Länder wurden in ihrer jüngeren Geschichte durch die DDR entscheidend geprägt, die Erfahrungen der Wende verbinden unsere Elterngenerationen. Blickt man weiter zurück, so war Thüringen oft ein Flickenteppich, der zum Teil zu Sachsen gehörte, und Sachsen-Anhalt nie wirklich vereint. Der preußische Einfluss, der dann später zu den Landesformen führte, ist wieder eine Konstante der mitteldeutschen Bundesländer.

Es gibt keine sehr starken und sich eventuell widersprechenden Identifikationen mit dem jeweiligen Bundesland, selbst die Dialekte ähneln sich. Die Mobilität zwischen den Bundesländern ist außerdem sehr groß, der Austausch zwischen nahen Städten wie Halle und Leipzig riesig. Außer recht kurzfristiger Tradition gibt es somit keinen Grund, eine Trennung weiter aufrecht zu erhalten.

Doch der Gewinn wäre groß. Eine größere Verwaltungseinheit gibt den Familien aber auch den Unternehmen weniger Regeln, die sie bedenken müssen. Eine Angleichung der Bildungssysteme kann die Vergleichbarkeit von Abschlüssen und die Mobilität junger Menschen massiv erhöhen.

Die Zusammenlegung verschiedenster Behörden gewinnt schlicht durch das Ausnutzen von Synergieeffekten, moderne Technologien erlauben es, bei fast gleichbleibendem Overhead die Menge an verarbeiteten Daten zu verdoppeln.

Kurz um: Das Ziel ist ambitioniert, aber der Weg voller gut erklärbarer, sinnvoller Maßnahmen. Kein Grund zu warten.

Antrag 57 Resozialisierung, statt Inhaftierung

Antragssteller: Robert Wehnert

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert ein radikales Um- und Neudenken im deutschen Jus-
2 tizsystem. Dieses Umdenken bezieht sich sowohl auf die Präventionsmaßnahmen, zur
3 Strafvermeidung, als auch mit dem Umgang straffällig gewordener Personen, sprich der Re-
4 sozialisierung derer.

5 **Gezielte Präventionsmaßnahmen**

6 Die Jungliberale Aktion fordert die Durchsetzung gezielter Maßnahmen, bevor Menschen
7 straffällig werden! Diese sollen vor allem mit ehemaligen Häftlingen gestaltet sein, damit
8 diese ihre Erfahrungen weitergeben können und damit potenziell gefährdeten Leuten auf
9 den richtigen Weg führen können. In Schulen, aber auch Problemgebieten sollen diese dann
10 zusammen mit den Menschen arbeiten und über Konsequenzen eines illegalen Tuns reden.

11 **Auf Augenhöhe bleiben**

12 In der Haftzeit selbst spricht sich die Jungliberale Aktion Sachsen für einen menschlichen und
13 gleichgestellten Umgang mit straffällig gewordenen Personen aus. Dies bedeutet im Klartext
14 nach norwegischem Vorbild sollen Häftlinge nicht als Sonderlinge, sondern als gleichwertig
15 gestellte Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden. Dies beinhaltet die Möglichkeit
16 mehr Freigang zu bekommen. Darüber hinaus sollen die Justizvollzugsanstalten umgestaltet
17 werden, diese sollen nicht allein dem Wegsperrern dienen, sondern ein Ort des Umdenkens
18 und der Erkenntnis sein. Insgesamt sollen die Angebote in den Gefängnissen ausgebaut wer-
19 den, damit jeder Gefangene sich selbst ausleben kann, dazu gehören Bibliotheken, Sportan-
20 gebote sowie Möglichkeiten des Musizierens.

21 **Aktive Resozialisierung, anstatt das Alleinlassen der Entlassenen**

22 Die Jungliberale Aktion Sachsen widerspricht dem derzeit bestehenden Konsens eine Haft-
23 strafe ein Leben lang als Stigma zu verwenden. Vielmehr sollen ehemals gefangenen geför-
24 dert, aber auch gefordert werden, indem diese Ihr Leben selbst in die Hand nehmen und von

25 Betreuern lediglich beobachtet werden und aufpassen, dass diese eine Unterkunft bekom-
26 men und eine stabile soziale Umwelt haben, die ihn unterstützt sein Leben individuell zu
27 gestalten.

28 **Ziele**

29 Die damit verbundenen Ziele beziehen sich auf die erfolgreiche Resozialisierung straffällig
30 gewordener und der damit einhergehenden erhöhten Sicherheit für die Zivilgesellschaft.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antrag 58 Wege zu einem modernen Waffenrecht

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

1 **I. Illegalen statt legalen Waffenbesitz bekämpfen!**

2 Die Jungen Liberalen Leipzig lehnen eine weitere Verschärfung des deutschen Waffengesetz-
3 zes (WAffG) insbesondere in puncto Schusswaffen ab.

4 Statt Sportschützen und andere legale Waffenbesitzer immer weiter in ihren grundlegenden
5 Freiheiten zu beschränken, sollen die deutsche Bundes- und die sächsische Landesregierung
6 verstärkt staatliche Maßnahmen fördern, die den illegalen Handel mit Waffen erschweren.
7 Etwaige bürokratische Doppelstrukturen in den zuständigen Sicherheitsbehörden (Landespo-
8 lizei, Bundespolizei, Zoll, Verfassungsschutz) sind daher umgehend abzubauen.

9 Eine erneut auszugestaltende zeitlich befristete und breit kommunizierte Generalamnestie
10 soll den Bürgern einen Weg zur straffreien Abgabe ihrer illegalen Waffen ebnen, denn auch
11 die Verkennung der geltenden Rechtslage führt zu illegalem Waffenbesitz.

12 **II. Sport ist Sport! – Kein Entzug der Gemeinnützigkeit für IPSC-Vereine!**

13 Die Jungen Liberalen Leipzig fordern eine explizite Aufnahme der dynamischen Schießsport-
14 arten nach den Standards der International Practical Shooting Confederation (IPSC) in die
15 Liste der gemeinnützigen Sportarten in § 52 Abs. (2) Nr. 21 Abgabenordnung (AO). Ein Ent-
16 zug der Gemeinnützigkeit bestehender IPSC-Vereine, wie er zurzeit vom Bundesfinanzminis-
17 terium gefordert wird, ist abzulehnen.

18 **III. Privates bleibt Privat- Keine zentrale Lagerung von Waffen und Munition!**

19 Die Jungen Liberalen Leipzig lehnen das Konzept der zentralen staatlichen Lagerung und
20 Verwaltung von Privatwaffen und Privatmunition ab. Private Waffen sollen auch weiterhin
21 geschützt im privaten Besitz verbleiben.

22 **IV. Sportvielfalt schützen, Waidgerechtigkeit wahren – Kein Verbot großkalibriger Waffen!**

23 Die Jungen Liberalen Leipzig lehnen ein Verbot großkalibriger Waffen entschieden ab.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antrag 59 Für ein modernes Vaterschaftsrecht – Keine Unterhaltspflicht für Samenspender!

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Leipzig fordern eine Modernisierung des deutschen Vaterschaftsrech-
- 2 tes in Bezug auf freiwillige Samenspenden. Insbesondere sind die bestehenden Rechtsnor-
- 3 men so zu reformieren, das keine juristische Unterhaltspflicht der Samenspender für ihre
- 4 Kinder besteht. In diesem Zuge ist §1599 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) um einen
- 5 weiteren Artikel (3) zu erweitern, der folgenden Wortlaut genießt:

- 6 „(3) § 1592 Nr. 1 und 2 und § 1593 gelten nicht, wenn das Kind mittels anonymisierter künst-
- 7 licher Insemination gezeugt wurde.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Antrag 61 Zweitwohnsitzsteuer abschaffen

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen die Erhebung von Zweitwohnsitzsteuern
- 2 in Sachsen aus. Das Sächsische Kommunalabgabengesetz § 7 Absatz 2 ist dahingehend zu
- 3 überarbeiten.

Begründung:

Durch die verschärfte Meldepflicht sind gibt es eine Verpflichtung sich in Sachsen zu melden, wenn man hier einen Wohnsitz unterhält. Dies gilt auch für Studenten und Auszubildende. Aus vielerlei Erwägungen kann es jedoch sinnvoll sein, weiterhin am Wohnort der Eltern gemeldet zu sein. Um dem Rechnung zu tragen haben sächsische Kommunen Ausnahmen in ihre Zweitwohnsitzsteuersatzungen aufgenommen. Die Leipziger Regelung ist durch ein kürzliches Urteil gekippt worden. Am Beispiel der Studenten wird so einmal mehr deutlich, wie die zweite und dritte Besteuerung des Einkommens sich negativ gerade auf diejenigen auswirkt, die weniger als der Durchschnitt zum Leben haben.

Auszug aus SächsKAG:

§ 7 Gemeindesteuern

(1) Die Gemeinden erheben Steuern nach Maßgabe der Gesetze.

(2) Soweit solche Gesetze nicht bestehen, können die Gemeinden örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern erheben, solange und soweit sie nicht bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig sind, jedoch nicht Steuern, die vom Land erhoben werden oder den Kreisfreien Städten und Landkreisen vorbehalten sind.

(3) Eine Steuer auf Übernachtungsleistungen darf nicht erhoben werden, wenn die Gemeinde Abgaben nach den §§ 34 oder 35 erhebt.

(4) Die Festsetzung und die Erhebung der Realsteuern obliegt den Gemeinden. Die Bekanntgabe oder Zustellung der Realsteuermessbescheide wird den heheberechtigten Gemeinden übertragen. Die Befugnis der Finanzämter, die Realsteuermessbescheide selbst bekannt zu geben oder zuzustellen, bleibt unberührt. Durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums der Finanzen kann bestimmt werden, dass den Gemeinden die zur Fertigung der Realsteuermessbescheide erforderlichen Daten ganz oder teilweise auf maschinell verwertbaren Datenträgern oder durch Datenfernübertragung übermittelt werden; in diesem Falle obliegt den heheberechtigten Gemeinden auch die Fertigung der Messbescheide.

Antrag 71 Abschaffung Verbot für Motor warmlaufen lassen

Antragssteller: Benjamin Lange, Hai Bui, Rudi Ascherl

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für die Abschaffung des Verbotes aus, den Fahr-
- 2 zeugmotor im Winter im Stand warmlaufen zu lassen. Gleichzeitig möchten wir die damit
- 3 verbundene Ordnungswidrigkeit samt dem Bußgeld abschaffen.

Begründung:

Bisher ist es gemäß § 30 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 StVO verboten, den Fahrzeugmotor im Winter warmlaufen zu lassen. Begründet wird dies mit dem Argument des Umweltschutzes und der Lärmbelästigung. Zudem sind Zuwiderhandlungen eine Ordnungswidrigkeit und mit einem Bußgeld von 10,00 € bewährt. Dieses Verbot schießt über das Ziel hinaus. Es reicht unserer Auffassung, auch angesichts der geringen Beeinträchtigungen, an die Vernunft der Fahrzeughalter zu appellieren.

Antrag 72 Fahrradmitnahmemöglichkeit in Fernverkehrszügen wirklichkeitsnäher gestalten

Antragssteller: Junge Liberale Leipzig

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die staatlichen Entscheidungsträger in der Deutschen Bahn AG sollen sich für bessere Bedin-
- 2 gungen zur Mitnahme von Fahrrädern in Fernverkehrszügen einsetzen. Es sind in Fernver-
- 3 kehrszügen Flächen zur Nutzung für die Fahrradmitnahme auszuweisen und durch geeignete
- 4 Sicherungsmaßnahmen hierzu zu ertüchtigen. Eine gemeinsame Nutzung der Flächen mit
- 5 Sperrgepäck und Kinderwägen erscheint praktikabel. Der unkompliziertere und kurzfristigere
- 6 Erwerb von Fahrscheinen für Fahrräder auch im Internet muss dringend ermöglicht werden.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antrag 73 Keine Bevormundung durch rote Fußgängerampel

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

Antragssteller: Junge Liberale Chemnitz

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Wenn man europäische Nachbarländer oder auch weltweit Länder bereist, fällt dem auf-
2 merksamen Fußgänger häufig auf, dass Einheimische rote Fußgängerampeln häufig missach-
3 ten. Zurück in Deutschland, man hat sich durch den kulturellen Einfluss des jeweiligen Lan-
4 des an diese Handhabung gewöhnt, bezahlt man ein Bußgeld, wenn man beim Überqueren
5 einer Straße bei roter Fußgängerampel von Beamten gesehen wird. Da die geltende Stra-
6 ßenverkehrsordnung dies als Regelverstoß auslegt, ist ein Bußgeld hierfür angebracht, je-
7 doch bedarf es einer grundlegenden Anpassung des geltenden Rechts. Als mündige und ei-
8 genverantwortliche Teilnehmer am Straßenverkehr sollte es Fußgängern freigestellt werden,
9 ob sie eine rote Fußgängerampel überqueren möchten, oder nicht. Deshalb fordert die
10 Jungliberale Aktion Sachsen, dass rote Ampeln für Fußgänger künftig nur noch als Warnzei-
11 chen und nicht mehr als Verbotsschilder fungieren. Entsprechend möchten wir Bußgeldern
12 für die Überquerung einer roten Ampel, sofern dadurch keine anderen Verkehrsteilnehmer
13 in ihrer persönlichen Freiheit oder ihrem Handeln eingeschränkt oder behindert werden,
14 abschaffen. Unterstellt wird dabei ausdrücklich, dass sich der Fußgänger über mögliche Kon-
15 sequenzen durch das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer bewusst ist. Ebenfalls unterliegt
16 die Forderung der Annahme, dass eine gewisse Feinfühligkeit hinsichtlich der Vorbildfunktio-
17 on von Erwachsenen gegenüber Kindern aufgebracht werden kann. Hierzu wollen wir explizit
18 auf die Eigenverantwortung des Menschen hinweisen.

19 Für Fahrradfahrer soll die rote Ampel beim rechts Abbiegen künftig die Funktion eines
20 Stoppschildes übernehmen. Ein oft unnötiges Abwarten der Rotphase entfällt dadurch ana-
21 log.

Begründung:

Erfolgt mündlich